

„So fördern wir die Mafia“

Der Stuttgarter Polizeipräsident Volker Haas über Forderungen nach Legalisierung des Drogenkonsums

SPIEGEL: Herr Haas, Sie plädieren als einer der ersten deutschen Polizeipräsidenten für eine Legalisierung des Drogenkonsums. Sollen die Bundesbürger künftig Kokain an der Tankstelle und Haschisch am Automaten kaufen können?

Haas: Von Legalisierung im Sinne eines freien Erwerbs kann keine Rede sein. Aber wir müssen sehen: Die bisherige Drogenpolitik ist gescheitert. Es gibt trotz Verfolgung und Kriminalisierung weiterhin Drogensüchtige und Drogentote.

SPIEGEL: Ruft nun der Polizeipräsident, wie Konservative zu argumentieren pflegen, zur Kapitulation vor dem Verbrechen auf?

Haas: Man müßte, um den Drogenkonsum zu stoppen, die ganze Bevölkerung einer täglichen Leibesvisitation unterziehen. Das kann die Polizei nicht. In einer offenen Gesellschaft, in einem Europa ohne Grenzen und bei weithin freiem Welthandel können wir mal hie und da ein halbes Kilo oder ein Kilo eines Rauschgiftes vom Markt nehmen. Das ändert am Drogenkonsum nicht viel.

SPIEGEL: Ein Teil Ihrer Kollegen fordert deshalb verschärfte Verfolgung, mehr Polizisten, verdeckte Ermittler.

Haas: Verschärfte Polizeiaktivitäten bewirken, paradoxerweise, genau das Gegenteil: Wenn wir die Dealer fangen, den Stoff vom Markt nehmen, dann steigen die Preise, die Süchtigen müssen noch mehr klauen, die Organisierte Kri-



Polizeipräsident Haas: „Wenn wir Dealer fangen, steigen die Preise“

minalität macht noch höhere Profite. Die staatliche Repression wirkt kontraproduktiv, so fördern wir geradezu die Mafia.

SPIEGEL: Also gar nichts tun?

Haas: Wir müssen den Drogenhandel marktwirtschaftlich betrachten: Wir müssen nicht nur das Angebot bekämpfen, sondern auch auf der Nachfrageseite ansetzen . . .

SPIEGEL: . . . also bei den Suchtkranken.

Haas: Der Drogenabhängige hat einen bestimmten Bedarf an Stoff, und den muß er finanzieren. Jeder Süchtige braucht am Tag bis zu 250 Mark für Drogen. Für mindestens 100 Mark stiehlt einer dafür durchschnittlich am Tag. Bei 1500 Drogenabhängigen in Stuttgart ist das ein jährlicher Schaden von über 50 Millionen Mark.

Deshalb brauchen wir schon im Interesse der Opfer der Beschaffungskriminalität eine andere Drogenpolitik. Die Beschaffungskriminalität zerstört außerdem das Sicherheitsgefühl der Bürger und treibt die ganze Republik nach rechts. Wenn wir lösbare Probleme nicht lösen, wird der Bürger noch staatsverdrossener, noch politikverdrossener.

SPIEGEL: Auch mit einer Liberalisierung der Drogenpolitik hätten viele Bürger ihre Probleme.

Haas: Mit dem Ausdruck Liberalisierung wird dem Bürger eine falsche Vorstellung verschafft. Wir müssen klarmachen, daß der Drogenabhängige nicht nur kriminell, sondern in erster Linie ein behandlungsbedürftiger Kranker ist und daß 10 bis 20 Prozent der gesamten Kriminalität verschwinden, wenn diese Drogenkranken behandelt werden.

SPIEGEL: Also Heroin auf Krankenschein – wie Insulin für den Diabetiker?

Heroin für Schwerstabhängige

wollte die Stadt Frankfurt in einem ärztlich kontrollierten Modellversuch abgeben lassen. Vorletzte Woche wurde diese Initiative vom Bundesgesundheitsamt gestoppt – eine Regierungsentcheidung, die aufs neue die Debatte über eine Liberalisierung des Drogenrechts aufleben läßt.

Bundesweit wächst die Zahl der Fachleute, die – angesichts von 1560 Rauschgifttoden und Zehntausenden von Beschaffungsdelikten pro Jahr – auf eine Modernisierung des Drogenrechts drängen. Die Befürworter einer stärkeren Vergabe von Ersatzdrogen

wie Methadon stützen sich unter anderem auf eine Studie der John Hopkins University in Baltimore: Unter den 617 Methadon-Patienten der US-Universität sank schon im ersten Behandlungsjahr die Zahl der Straftaten um knapp 80 Prozent, die Junkies knackten 88 Prozent weniger Autos und begingen 90 Prozent weniger Ladendiebstahle.

Für eine Modernisierung des Drogenrechts plädiert auch ein deutscher Polizeiführer: Der parteilose Stuttgarter Polizeipräsident Volker Haas, 56, vertritt – zum Ärger der CDU-geführten baden-württembergischen Landesregierung – die Ansicht, daß eine weitere Verfolgung von Drogenabhängigen nur der Dealer-Mafia nutzt.

Haas: Ärzte dürfen Ihnen das Herz austauschen, ohne eine besondere Lizenz zu haben. Ärzten sollte es auch freigestellt sein, den Drogenkranken die Stoffe zu verordnen und verabreichen zu dürfen, die Rauschgiftabhängige brauchen, um mit ihrer Sucht überleben zu können.

SPIEGEL: Sollen Drogentherapien eingestellt werden?

Haas: Bisher war Drogentherapie eher eine Fata Morgana: Wir haben nur für 4,5 Prozent aller Abhängigen einen Therapieplatz. Die meisten, die in diesen Einrichtungen waren, sind per Gerichtsurteil zwangstherapiert worden. Eine Rückfallquote von mindestens 70 Prozent ist die Folge.

SPIEGEL: Dann lieber gleich Heroin vom Arzt, obwohl die Sucht dadurch nicht geheilt, sondern verlängert wird?

Haas: Wenn man mit Schmerzen zum Arzt geht, dann kriegt man ja auch eine Schmerzbehandlung, unabhängig davon, ob der Arzt nun die Ursache für den Schmerz behandeln kann oder nicht.

SPIEGEL: In Baden-Württemberg werden derzeit gerade mal 330 Süchtige mit der Ersatzdroge Methadon behandelt, also weniger als drei Prozent der Drogenabhängigen. Wäre nicht in vielen Fällen eher Methadon als Heroin das Mittel der Wahl?

Haas: Man muß für die verschiedenen Gruppen der Suchtkranken differenzierte Angebote machen. Wer für Methadon in Frage kommt, sollte Methadon kriegen. Wer eine Entgiftung will, muß sie kriegen. Aber es bleiben ja immer noch 80 Prozent, die von diesem Angebot nicht erreicht werden konnten, weil 80 Prozent nicht zu einer drogenfreien Therapie bereit sind.

SPIEGEL: Kritiker wenden ein, daß Heroin salonfähig würde, wenn Ärzte es verabreichen dürfen – mit verheerenden Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche.

Haas: Heroin ist in der Tat eine gefährliche Droge, so wie es in der Apotheke auch andere gefährliche Arzneien gibt. Heroin sollte daher in einem individuellen Verfahren, unter ärztlicher Kontrolle und unter therapeutischer Begleitung wie andere gefährliche Medikamente verordnet werden dürfen – nix mit Tankstelle und nix mit Legalisierung. Ich will das Monopol der Organisierten Kriminalität aufbrechen, die jetzt als einzige diesen Stoff anbietet.

SPIEGEL: Dann würde der Staat zum Dealer.

Haas: Nicht der Staat würde zum Dealer . . .

SPIEGEL: . . . sondern Bayer, BASF, Ärzte und Apotheker?

Haas: Der Arzt wird zum Helfer auch in diesen Fällen. Außerdem wäre dann das Bundesgesundheitsamt für die Qualität der Arznei Heroin zuständig, nicht mehr die Mafia oder irgendwelche Straßendealer. Durch die Reinheitskontrolle und die Medizinalisierung des Problems würde politisch viel gewonnen und viel Elend vermieden werden.

SPIEGEL: Nachdem Sie erstmals Ihre Ideen vorgetragen haben, hat Ihnen der damalige Stuttgarter CDU-Innenminister Dietmar Schlee einen Maul-



Drogenabhängiger*: „Ein behandlungsbedürftiger Kranker“

korb verpaßt. Trotz des Redeverbots in Rauschgiftfragen äußern Sie sich nun erneut. Hat sich die politische Großwetterlage zugunsten einer neuen Drogenpolitik verändert?

Haas: Da tut sich einiges. Wenn ich die Vorstöße verschiedener Kommunen, etwa Karlsruhe, Frankfurt und Hamburg, oder die Debatten in der baden-württembergischen Politik betrachte, stelle ich fest, daß faktisch die Mehrheit meine Meinung teilt. Der jetzige Stuttgarter SPD-Innenminister Frieder Birzele hat auch schon ähnliche Überlegungen angestellt.

SPIEGEL: Dennoch hat jetzt das Bundesgesundheitsamt das Projekt der Stadt Frankfurt, Schwerstabhängigen Heroin durch Ärzte verschreiben zu lassen, abgelehnt – mit Hinweis auf das Betäubungsmittelrecht, aber auch auf Gesundheitsrisiken.

* In einem Parkhaus am Frankfurter Hauptbahnhof.

Haas: Da kann ich nur sagen, allmählich werden die Bürokraten, die mögliche Entscheidungen zur Milderung dieses furchtbaren Problems und zur Reduzierung der unerträglichen Beschaffungskriminalität verhindern, selber zum Problem. Die tun so, als ob die Sucht zur Disposition stünde. Gespritzt wird aber auf jeden Fall, die Sucht existiert so oder so, unabhängig davon, was das Bundesgesundheitsamt entscheidet. Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft, also kann die Polizei auch keine drogenfreie Gesellschaft durchsetzen.

SPIEGEL: Also auch Haschisch für alle?

Haas: Tatsache ist: Jeder kann heute weiche Drogen kaufen, wenn er sie kaufen will. Einen zwangsläufigen Umstieg von Haschisch auf Heroin gibt es nicht, und Haschisch macht auch nicht psychisch abhängig. Besondere staatliche Maßnahmen im Interesse der Volksgesundheit sind deshalb bei Haschisch nicht angezeigt.

SPIEGEL: Fordert der Stuttgarter Polizeipräsident wie einst die Hippies „Legalize it“?

Haas: Ich sehe nur eine Alternative: Strafbarkeit wie bisher oder volle Legalisierung. Von einer Zwischenlösung wie in Holland – geduldeten Verkauf in bestimmten Lokalen – halte ich gar nichts. Dann sind die Organisierte Kriminalität und der internationale Rauschgifthandel weiterhin im Geschäft, und die Polizei bleibt untätig.

Das halte ich nicht für gut. Es kommt nur das eine oder das andere in Frage. Das sehe ich, das ist die Realität. Andererseits kann ich nicht übers Stöckchen springen und sagen, ich bin für die Legalisierung. Das bringe ich nicht raus.

SPIEGEL: Warum nicht?

Haas: Das bringe ich nicht raus. In mir sträubt sich ganz einfach alles dagegen, daß wir dann in der Gesellschaft ein weiteres akzeptiertes Rauschgift haben. Sie können meine Haltung als widersprüchlich ansehen, weil sie das auch ist. Für diese Frage sind die Politiker zuständig. Die sollen entscheiden.

SPIEGEL: Wenn dereinst die Politiker entscheiden sollten, daß Haschisch im Tabakladen verkauft werden darf – würden Sie dann reingehen und abends einen Joint durchziehen? Oder bleiben Sie lieber beim Trollinger?

Haas: Ich bleibe beim Trollinger oder, wenn ich der Wahrheit die Ehre geben soll, beim Bordeaux. □